

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Helm. Fahrenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Telefon 32423 • Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth, Kirchstr. 65, Telefon 24614 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 41

Düsseldorf, den 10. Oktober 1925.

Verbandort Crefeld

## Zur Preissenkungsaktion der Regierung.

Auf der einen Seite niedrige Löhne, auf der anderen hohe Preise — das ist bezeichnend für unsere ungesunde, von Krisen durchschüttelte deutsche Wirtschaft. Der innere Markt ist schwer gelähmt. Die Zwischenglieder vom Hersteller bis zum Verbraucher haben sich in der Schwindselzeit des Krieges und der Geldentwertung weit über Bedarf vermehrt. Der Verteilungsapparat ist für unser Volk, das durch den Krieg arg geschwächt wurde, viel zu groß und kostspielig geworden. Das gegen früher zu karge Gerinsel des Verdienstes, einst ein kräftiger Strom, der Mühlen trieb, treibt heute die vielen Mühlen nicht mehr.

Regierung, Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben, jeder von seinem Blickpunkt aus, das Problem der Befundung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland angepackt. Die Arbeitgeber, soweit ihr Wille in den großen Spitzenverbänden zum Ausdruck kommt, verlangen immer unerbittlicher den Aufbau der Löhne, sei es durch Verkürzung des Reallohnes, sei es durch Verlängerung der Arbeitszeit. Sollen die Preise niedriger werden, müssen vorher die Löhne heruntergehen, so argumentieren sie. Die Arbeitnehmer verlangen Lohn- und Löhnhung: gerade weil die Preise so hoch sind, müssen auch die Löhne steigen. Je stärker die Kaufkraft des inneren Marktes, um so lebhafter der Umsatz, um so billiger — auf längere Sicht gerechnet — die Preise. Die Regierung hat keinen von beiden Wegen folgen zu sollen: sie hat sich für den sofortigen Preisabbau entschieden und will ihm mit ihrer ganzen staatlichen Autorität Nachdruck verleihen.

Zunächst soll die Kartellverordnung schärfer gehandhabt werden. Gegen alle Bedingungen und Abreden, die unmittelbar oder mittelbar zu einer Steigerung der Preise oder zur Aufrechterhaltung übersteigter Preise führen, sollen künftig alle gesetzlichen Nachmittel angewandt werden. Goldleitende und Entwertungsklauseln werden verboten. Fristlose Kündigungen des Preiskartells im Lebensmittelhandel sind vorgezogen.

So alt und so neu diese Pläne sind, man kann ihnen nur wünschen, daß sie endlich die richtige Hand finden, die sie scharf und dennoch gerecht durchführt. Die schwachen und schlecht rentierenden Betriebe, die man jetzt noch durch die Preiskonventionen durchschleppt, werden ins Gras beißen müssen. Die Krise wird vorübergehend neu aufflammen, der Reinigungsprozeß der Wirtschaft wird jedoch fortschreiten und dem Gesunden und Kräftigen Luft schaffen. Denn dies ist das Ziel, aber der Weg dazu ist schwierig und noch wenig erforscht.

Die Frage wie beim „gerechten Lohn“ erhebt sich beim „gerechten Preis“. Welches ist der gerechte Preis? Auch hier läßt sich keine allgemein gültige Formel finden, sondern nur die Richtung bezeichnen, in der gesucht werden muß: Der möglichst niedrige Preis einer Ware, gemessen an den Vorstufen ihrer Produktion, wird der gerechte Preis sein, ebenso wie der „höchstmögliche Lohn“, angepaßt an die Konjunkturverhältnisse der Gesamtwirtschaft und des einzelnen Gewerbebezuges, jener Lohn ist, der gerechterweise erstrebt und bewilligt werden muß. Nicht Zwangswirtschaft und Höchstpreispolitik, sondern Abbau der künstlichen Hemmungen freier Preisbildung, Durchlüftung der Wirtschaft mit der frischen Zugluft freien Wettbewerbs, das muß der Sinn der Regierungsmaßnahmen sein.

Um den Ausleseprozeß zu beschleunigen und den Preisdruck zu verschärfen, soll die Einrichtung der Geschäftsaufsicht beseitigt werden. Bis jetzt war sie meist eine Zufluchtsstätte wirtschaftlich lebensunfähiger Unternehmungen. Jetzt soll sie ein Stützpunkt vorübergehend bedrohter, aber sonst kräftiger Unternehmungen werden. Die bisherige Geschäftsaufsicht wird in die alte Konkursordnung eingebaut. Die Häufung von Zwangsverkäufen, die dadurch entsteht, wird zweifellos mit besonderer

her zurückgehaltenen Warenmassen den Markt unter Druck setzen und mit der Zeit preissenkend wirken. Nur haben beide Druckmittel der Regierung, die Verschärfung der Kartellverordnung und die Aufhebung der Geschäftsaufsicht, den bedenkliehen Nachteil, daß sie erst beim Wiederzusammentreten des Reichstages geltendes Recht werden können. So muß die Regierung vorläufig mit kleinem Besen kehren, und man wird abwarten haben, wieviel sie inzwischen auf dem Verwaltungswege schafft.

Die Regierung will selber sogleich mit gutem Beispiel vorangehen: bei der Regelung der öffentlichen Aufträge soll die freie Konkurrenz wieder voll zur Geltung kommen und die öffentlichen Gelder des Reiches sollen zu billigeren Zinssätzen verwaltet werden. In der Tat hat hierbei die öffentliche Hand als der zur Zeit flüchtigste Unternehmer und Bankier einen sehr wirksamen Einfluß. Nur bleibt die Regierung bei ihrer Zinssenkungsaktion auf halbem Wege stehen: solange die großen Privatbanken 15 bis 16 Prozent für ihre Kredite beanspruchen, ist an ein Aufatmen nicht zu denken. Die Großbanken sind heute jene, die den Zinsfuß in die Höhe treiben. Sie sind im Ring der Banker in Wirklichkeit die Schwächsten, und wie im Kartell die Schwächsten den hohen Preis bestimmen, so bestimmen sie im Bankgremium den hohen Zinsfuß. Aber auch die Großbankdämmerung wird kommen, um so früher, je eher die Privatbanken die Dezentralisation des Kreditwesens zu ihrer Spezialaufgabe machen und ihren Vorteil wieder in dem billigsten Zinsfuß erblicken.

Eine allgemeine Preissenkung kann aber ohne die tätige Mitwirkung aller Kreise der Erzeuger und Verbraucher nicht durchgeführt werden. Länder und Gemeinden müssen ihre Voranschläge nochmals unter die Lupe nehmen, wo sie nur immer die Preisgebahrung ihrer Straßenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke ermäßigen können. Die Spitzenverbände von Industrie und Handel haben sich dem Worte nach für die Aktion der Regierung eingesetzt, vor Einkalkulierung der Zölle, überstürzten Einkäufen und weiteren Preisbindungen gewarnt. Sie haben sich besonders dafür eingesetzt, daß beim Verkauf nach dem 1. Oktober die Ermäßigung der Umsatzsteuer auf ein Prozent bei der Kalkulation zum Ausdruck kommt. Wir wollen sehen, welche Taten diesen Worten folgen. Die Wege sind richtig, das Ziel ist klar erfaßt, wenn es auch noch immerhin einige Monate bis dahin dauert.

Zum Schluß noch eines. Wenn von der Mitwirkung aller Kreise die Rede ist, darf auch jener nicht vergessen werden, der in der Hauptsache die Nachfrage nach den Gegenständen des täglichen Bedarfs vermittelt: Der Kreis der Hausfrauen. Die Preisunterschiede — zumal in der Großstadt — sind bei zwei, nicht weit voneinander entfernten Geschäften, für Waren gleicher Güte oft ganz erstaunlich. Trotzdem bleibt man bei dem teuren Händler aus Unkenntnis, Gleichgültigkeit, ja oft aus einem bloßen abgestumpften Beharrungszustand, der noch ein Ueberbleibsel aus der Inflationszeit ist, wo das Markten um den Pfennig bei Richtpreisen und Geldentwertung seinen Sinn verloren hatte. Für alle Arbeitnehmer ergibt sich angesichts der ganzen Sachlage die unbedingte Notwendigkeit, sich so eng wie möglich zusammenzuschließen in ihren Organisationen, um so eine möglichst starke Position einzunehmen. Es ist vor allem dringend notwendig, daß alle Verbraucher sich des Mittels bemußt werden, um preisregulierend zu wirken. Dieses Mittel besitzen sie in den Genossenschaften. Durch zahlreichen Beitritt zu den Genossenschaften und Entnahme aller Bedarfsartikel in den Konsumvereinen wird der Preissenkungsaktion der Regierung am wirksamsten zum Erfolge verholfen. Gegen Teuerung und Lohnabbau gibt es für alle Arbeitnehmer nur einen wirklich erfolgversprechenden Gegenstoß: Das ist die Stärkung der Gewerkschaften wie der Genossenschaften.

besondere wurde auch die beschlossene Erhebung der Extrabeiträge erörtert. Zentralvorstand und Verbandsauschuß waren einmütig der Ansicht, daß angesichts der Strömungen im Arbeitgeberlager die Erhebung unbedingt durchzuführen sei. Zugleich wurde nochmals ausdrücklich betont, daß laut Statut die Sonderbeiträge als Pflichtbeiträge zu betrachten sind. Angesichts dessen soll den Mitgliedern, die diese Beiträge nicht oder nicht ganz entrichtet haben, der entsprechende Betrag künftighin von den Unterstützungen in Abzug gebracht werden.

Ueber den Verlauf der wichtigsten Lohnbewegungen berichtete Kollege Melcher. Er stellte die wesentlichen Merkmale dieser Bewegung heraus und gab dann noch Anregungen über die künftighin einzuschlagende Taktik. Diese Anregungen führten zu einem lebhaften Meinungsaustausch, der in einer besonderen Konferenz der Bezirksleiter mit dem Zentralvorstand fortgesetzt und vertieft werden soll.

Kollege Lettner gab sodann einen kurzen Bericht über den Verlauf der letzten Betriebsrätemahlen. Aus ihm ist zu ersehen, daß nach der stark rückläufigen

Entwicklung des Vorjahres, sich wieder ein allmählicher Aufstieg vollzieht.

Im Anschluß an die Berichterstattung nahmen Zentralvorstand und Verbandsauschuß zunächst Stellung zu den von der Regierung herausgegebenen Richtlinien für die Entschädigung der durch die Ruhrbesetzung geschädigten Arbeiter. Die Richtlinien wurden als durchaus ungenügend abgelehnt. Es soll die Leitung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ersucht werden, auf eine Abänderung bezw. Erweiterung der Richtlinien hinzuwirken.

Weiter wurde Stellung genommen zu dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf über die Erwerbslosenversicherung. Folgende von den beiden Verbandsinstanzen beschlossene Entschließung gibt die wichtigsten Forderungen wieder:

„Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands hält die baldige Verabschiedung eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung für unbedingt notwendig. Er begrüßt darum den vorliegenden Gesetzentwurf. Dieser enthält aber wesentliche Mängel, deren Beseitigung eine unbedingte Notwendigkeit ist. Zu fordern ist insbesondere folgendes:

Es muß zunächst der Kreis der Versicherungspflichtigen weiter ausgedehnt werden. Das Gesetz muß alle Personen erfassen, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung und des Reichsknappschaftsgesetzes für den Fall der Krankheit pflichtversichert sind.

Es ist weiter so auszugestalten, daß auch Kurzarbeiter in den Genuß einer Unterstützung kommen können.

Eine besondere Härte enthält die Bestimmung über die Vermeidung der Unterstützung bei Aussparungen. Es muß unbedingt gefordert werden, daß in den Fällen, wo an den Wirtschaftskämpfen unbeteiligte Arbeiter durch diese arbeitslos werden oder wo den Wirtschaftskämpfern ein geschwändertes Vorgehen der Arbeitgeber zu Grunde liegt, den betroffenen Arbeitern die Erwerbslosenunterstützung gesichert bleibt.

Endlich muß noch in dem zu schaffenden Gesetz der Charakter der Versicherung einwandfrei festgelegt werden. Dieser Charakter wird aber durch die Bestimmungen des § 56 stark in Frage gestellt, es tritt der Gedanke der öffentlichen Fürsorge zu sehr hervor. Für die Versicherten muß sich das Recht auf Unterstützung auf die Pflicht der Beitragsleistung stützen.“

Es hielten dann noch kurze Vorträge die Leiterin des Arbeiterinnenbezirksrates, Kollegin Woißhagen, über die internationale Arbeiterinnenkonferenz in Luzern und über unsere nächsten Aufgaben in der Arbeiterinnenbewegung, sowie der 2. Verbandsvorsitzende, Kollege Fischer, über unsere Aufgaben in der Jugendbewegung. In der Arbeiterinnenfrage will die Verbandsleitung den Auswirkungen der Beschäftigung verheirateter Frauen eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. In der Jugendfrage will sie sich neben dem weiteren Ausbau der Bildungsmöglichkeiten für eine besondere Berücksichtigung der jugendlichen Arbeiter im Arbeitszeitgesetz und für die gesetzlichen Ferien einsetzen.

Nach Erledigung einiger weiterer, minder wichtiger Angelegenheiten fand die anregend verlaufene Tagung nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Fahrenbrach ihr Ende.

## III. Internationaler christlicher Gewerkschaftskongress.

Abgehalten vom 16. bis 19. September 1925 in Luzern (Schweiz).

Die wichtigsten Verhandlungsgegenstände des Luzerner Kongresses waren 1. Wanderungsfragen, 2. Das Mitbestimmungsrecht im Wirtschaftsleben und 3. Die Stellungnahme des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften zur Internationalen Arbeitsorganisation. Zum ersten Verhandlungsgegenstand sprachen René Carlels-Belgien, Charlemagne Broutin-Frankreich und Bernhard Ditt-Deutschland. Zum zweiten Verhandlungsgegenstand referierte Franz Spalowsky-Oesterreich und zum letzten Henri Pauwels-Belgien. (Ueber die Arbeiterinnen-Konferenz siehe Bericht unter Arbeiterinnenbewegung.) Zur Annahme gelangten nachfolgende Entschließungen:

### Zum Wanderungswesen.

Der in Luzern am 16., 17., 18. und 19. September versammelte Dritte Kongress des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften beschließt nach Kenntnisnahme der Vorträge über das Wanderungswesen folgendes:

1. Der Vorstand des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften soll, unterstützt von den nationalen Gesamtverbänden und den internationalen Berufsorganisationen, das Problem der Wanderung, insbesondere das der festländischen Auswanderung, einer gründlichen Untersuchung unterziehen. Es sollen zu diesem Zwecke alle mit jenem Problem in Verbindung stehenden Fragen untersucht und danach gestrebt werden, alle Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, das schwierige Problem der Wanderungsfragen einer zweckmäßigen Lösung entgegenzuführen. Insbesondere sollen auch geeignete diesbezügliche gewerkschaftliche Verbindungen und Einrichtungen gefördert und geschaffen werden.

2. Der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften fordert alle an der Ein- und Auswanderung interessierten Regierungen auf, durch geeignete internationale Vereinbarungen der Ein- und Auswanderungsdiplomatie mit den Erfordernissen der gegenseitigen Zusammenarbeit in Einklang zu bringen. Des weitern unterstützt der I.A.G. die Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes, insbesondere auch die dahingehenden, durch internationalen Vereinbarungen dem Prinzip der Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer zu einer stets ausgedehnteren Anerkennung zu verhelfen.

3. Die angeschlossenen Gesamtverbände und die Fachorganisationen sollen an der Lösung des Wanderungsproblems tätige

## Unsere Zentralvorstands- und Verbandsauschussung

fand am 26. und 27. September in Königswinter statt. In diesem idyllischen Städtchen am sagenumwobenen Rhein hat sich die christliche Arbeiterchaft Westdeutschlands ein eigenes Erholungs- und Bildungsheim geschaffen. Die eindrucksvolle harmonische Schönheit und die ruhige Lage des Heimes machen es zu einem gemüthlichen und für ernste Beratungen außerordentlich geeigneten Aufenthalt. Das war das einstimmige Urteil aller Teilnehmer an dieser Tagung.

Die Tagung selbst wies wichtige Beratungsgegenstände auf. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Fahrenbrach, gab einen Ueberblick über die Verhältnisse im Textilarbeiter- und über die Mitgliederentwicklung des Verbandes, während der Zentralkassierer, Kollege Schaffrath, über die Entwicklung der Kassenverhältnisse berichtete. Beide Berichte gaben Veranlassung zu einer eingehenden Aussprache über die im Verbandsapparat zutage getretenen Mängel und deren Behebung. Ins-

mitarbeiten und darauf bestehen, in allen zuständigen offiziellen und paritätischen Organen vertreten zu sein.  
Der I. A. C. O. fordert die Regierungen auf, dahin zu wirken, daß Vertreter aller Gewerkschaftsorganisationen als Mitglieder der Ein- und Auswanderungsämter zugelassen werden.

**Zum Mitbestimmungsrecht.**

Die Arbeit, als der wichtigste Faktor der Wirtschaft, ist nach göttlichem Gebot sittliche Pflicht aller Menschen und für sie das Mittel, welches ihren Lebensunterhalt sichert und ihnen die Möglichkeit bietet, die Entwicklung ihrer Persönlichkeit als Einzelperson sowie im Rahmen der Familie und des Volksganges sicher zu stellen.

Der Kongreß des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften erklärt, daß diese Bedeutung der Arbeit in der heutigen Organisation des Wirtschaftslebens nicht genügend zum Ausdruck kommt.

Unter Bezugnahme auf das in Innsbruck 1922 angenommene Weltwirtschaftsprogramm tritt der Kongreß für eine Organisation des Wirtschaftslebens ein, durch welche

1. den Arbeitnehmern eine Mitbestimmung an der Gestaltung des Lohnes und der Arbeitsbedingungen gesichert wird;
2. eine Mitwirkung der Vertreter der Arbeitnehmer an der Leitung der Betriebe und der Wirtschaftsverwaltung anerkannt wird. Die Ausübung dieses Mitbestimmungsrechtes erfordert eine entsprechende Bildung der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter. Die Prinzipien des Eigentums und der Autorität, auf denen die soziale Ordnung aufgebaut ist, sind zu beachten und die besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder zu berücksichtigen.

Diese Reform wird zu verfolgen sein unter Mitwirkung der Gewerkschaften als der berufenen Vertreter der Arbeitnehmer.

Der Kongreß erklärt, daß allen Bestrebungen, diese neue wirtschaftliche Organisation herbeizuführen, wie z. B. den Betriebsräten, der Aktienbeteiligungen, regionalen und nationalen Wirtschaftsräten usw., die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden muß.

Der Kongreß richtet an alle Landeszentralen der christlichen Gewerkschaften die dringende Bitte, durch unermüdete Aufklärungsarbeit diese Grundzüge weite Kreise verständlich zu machen und durch fleißigste Schulung der Mitglieder diese für die gewissenhafte Erfüllung der sich ergebenden Aufgaben vorzubereiten.

**Zur Arbeitszeit. (Achtstundentag.)**

Der Internationale Bund der Christlichen Gewerkschaften, in Luzern am 17., 18. und 19. September 1925 im dritten internationalen Kongreß versammelt,

gibt nochmals seiner lebhaftesten Ueberzeugung Ausdruck, daß die Verwirklichung des Achtstundentages vom religiösen, kulturellen und sozialen Standpunkte und besonders auch mit Hinsicht auf das Familienleben, notwendig ist.

Es ist mit Bedauern fest, daß die meisten Industrieländer gegen den Achtstundentag durch die Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens zurückgefallen.

erwartet von der Arbeiterschaft aller Länder und ihrer Organisationen, daß sie mit Anstrengung aller Kräfte für die sofortige Ratifizierung des betreffenden Uebereinkommens durch ihre Länder eintreten,

verlangt weiter, daß die nationale Gesetzgebung in völliger Uebereinstimmung nicht allein mit dem Texte, sondern auch mit dem Geiste des Uebereinkommens sei, daß die gewissenhafte Durchführung durch Kontrolle einer geeigneten Gewerbeinspektion gesichert werde und verlangt besonders, daß die Gewerkschaften durch eine fortwährende Kontrolle die wirkliche Durchführung des Washingtoner Uebereinkommens in allen Ländern sichern.

**Zur Internationalen Arbeitsorganisation.**

Der in Luzern (Schweiz) am 17., 18. und 19. September 1925 tagende Kongreß des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften hat sich eingehend mit der Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zur Internationalen Arbeitsorganisation beschäftigt. Er betont, daß die christlichen Gewerkschaften angeichts der Bestimmungen des Teils XIII des Versailleser Vertrages und angeichts der Unterstützung, die sie bisher der Internationalen Arbeitsorganisation zuteil werden ließen, das Recht haben, im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, in den Kommissionen und im Beamtenkörper der Internationalen Arbeitsorganisation in angemessener Weise vertreten zu sein.

Der Kongreß beschließt:

- a) sein Recht auf eine angemessene Vertretung im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes energisch zur Geltung zu bringen,
- b) die Leitung und den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes energisch aufzufordern, Maßnahmen zu ergreifen, damit die christliche Gewerkschaftsbewegung in den vom Arbeitsamte ins Leben gerufenen Kommissionen eine entsprechende Vertretung erhält,
- c) von der Leitung des Internationalen Arbeitsamtes zu verlangen, Vertreter der christlichen Gewerkschaften in einem der Bedeutung und dem Umfang dieser Bewegung entsprechenden Maße als Beamte in die Abteilungen und Dienstzweige des Arbeitsamtes zu berufen.

Der Kongreß beauftragt den Vorstand des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften die zur Durchführung dieser Entschlüsse erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

fordert die angeschlossenen Gesamtverbände auf, sich bei ihren Regierungen dafür einzusetzen, daß diesen Forderungen entsprochen wird, besonders bei der Ernennung der Landesdelegationen zur Internationalen Arbeitskonferenz.

beauftragt die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, welche als Mitglieder ihrer Landesdelegationen an den Konferenzen und Sitzungen der I. A. O. teilnehmen, geschlossen für die Verwirklichung der oben aufgestellten Forderungen einzutreten, erklärt außerdem, daß, solange diese Forderungen nicht erfüllt sind, der Internationale Bund der Christlichen Gewerkschaften über seine Haltung gegenüber der I. A. O. von Fall zu Fall entscheiden wird.

**Zwölfter freier Gewerkschaftskongreß.**

Mit ihrem zwölften Kongreß, den die im Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeflohenen sogenannten freien, in Wirklichkeit jedoch gut sozialdemokratischen Gewerkschaften Anfang September in Breslau abgehalten haben, ist sowohl die Bundesleitung als auch die Sozialdemokratische Partei recht zufrieden. Die Gewerkschaftszeitung, das Organ des Bundes freut sich, daß die kommunistische Gefahr, die vor drei Jahren auf dem Leipziger Kongreß, wo die Kommunisten noch eine ansehnliche Minderheit darstellten, eine dringliche war, heute so gut wie gebannt ist. In Breslau gab es nur noch 2 Delegierte gegenüber 88 in Leipzig, und diese zwei hatten nichts mehr zu sagen. Dieser Ausgliederung gewerkschaftsfremder Elemente sei es vor allem zu danken, wenn der Breslauer Kongreß in verhältnismäßig kurzer Zeit seine reichhaltige Tagesordnung habe erledigen können, und in einer stilllichen Reihe von Entschlüssen, die den erweiterten Aufgabenbereich veranschaulichen, in großen Jüngen ein umfassendes und im wesentlichen ein-

stimmig angenommenes Programm für die künftige Tätigkeit der Gewerkschaften aufzustellen vermochte.

In der Tat haben sowohl der äußere Verlauf als auch der innere Gehalt der Breslauer Tagung gezeigt, daß in den letzten drei Jahren, insbesondere seit der Stabilisierung der Mark, die freie Gewerkschaftsbewegung einen wesentlichen Schritt zur gewerkschaftlichen Gesundung gemacht hat. Die einzelnen Beschlüsse in den Fragen des Achtstundentages, in den Fragen der Wirtschaftsdemokratie, die sie als konkretes Ziel hinstellen, das Verwirklichungsmöglichkeiten in sich trägt, nicht zuletzt auch das Kompromiß auf dem Gebiete der Organisation, das zwar die Anbahnung von Industrieverbänden vorsieht, aber die Berufsverbände und ihre Anhänger weitgehend in ihren Bestreben schützt, zeigen, daß die radikalen Elemente vorläufig zurückgedrängt sind und der gewerkschaftliche Wirklichkeitsinn sich wieder stärker durchgesetzt hat. Hinter dem Kongreß und seinen Kundgebungen stand immerhin die Erkenntnis, daß über der Klasse und ihrem Aufstiehkampf noch eine höhere Einheit steht, eine Gemeinschaft, das Volk. Wenn diese Erkenntnis auch oft stiefmütterlich behandelt wurde, sie war nicht fortzuleugnen. — Aber auch die Sozialdemokratische Partei ist mit Breslau zufrieden. Das lehrt die sozialdemokratische Presse. Der Kongreß hat als deutliche Ziele der Gesamtbewegung stark herausgestellt Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung. Darüber quittiert dankend die Parteipresse mit den Worten: „Die gewerkschaftlichen Kräfte mehr als je auf dieses Ziel eingestellt zu haben, ist das große Verdienst des zwölften Kongresses der deutschen Gewerkschaften, der wie kein anderer Kongreß der Vergangenheit die Einheit der Gewerkschaftsbewegung als Grundlage der gewerkschaftlichen Macht gefördert hat.“

Trotz des engen Verhältnisses zur Sozialdemokratischen Partei scheinen sich die freien Gewerkschaften jedoch von der politischen Arbeit, die sie, solange die politische Bewegung in Mehrheitssozialisten und linabhängige gespalten war, neben dieser stark betrieben, mehr und mehr zurückziehen und sich intensiver auf die gewerkschaftlichen Ziele verlegen zu wollen. Angesichts dessen bestritt auch der Bundesvorsitzende Leipart nicht, daß die Gewerkschaften an Bedeutung im öffentlichen Leben gegenüber dem letzten Jahre eingebüßt hätten. Er bedauerte das nicht, da seiner Ansicht nach die Gewerkschaften ihre unmittelbare Aufgabe zunächst in der Organisationsarbeit zu suchen hätten und nur im äußersten Notfalle in den Lauf der Dinge in der Öffentlichkeit eingreifen sollten. Gleichwohl werden aber die freien Gewerkschaften, deren Bundesvorstand noch bei der Reichstagswahl offen für die sozialdemokratischen Volksvertreter eintrat, „da nur die Sozialdemokratische Partei die Interessen der Arbeiterschaft restlos vertritt“, auch in Zukunft treue Schildgenossen der politischen Partei bleiben.

Der Wille zur Rückkehr zur alten Gewerkschaftspolitik und Taktik offenbarte sich besonders greifbar in der so viel umstrittenen Frage des Achtstundentages. In der Ausprache über die Anträge des Bundesvorstandes und der Verbände forderte der radikal eingestellte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes Dismann (Stuttgart) die gefehliche Regelung der Arbeitszeitfrage mit Sicherstellung des Achtstundentages oder, falls die Regierung die Einbringung einer solchen Vorlage ablehne, den Volkseinsatz zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Der Kongreß folgte nicht Dismann, sondern dem Vorsitzenden Leipart, der betonte, „die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens — das müßten besonders die Metallarbeiter zur Kenntnis nehmen — würde aber auch noch nicht den Rechtszustand bringen, den wir in Deutschland in der Arbeitszeitfrage bereits erreicht hatten. Trotzdem müßte die Ratifikation angestrebt werden. Der Bund werde auch mit aller Entschlossenheit für die Durchführung des Achtstundentages eintreten und kein Mittel unversucht lassen, bevor er zur letzten Waffe, dem Volkseinsatz greift“. Zunächst sei es aber Aufgabe des gewerkschaftlichen Kampfes, aus eigener Kraft tariflich den Achtstundentag zu sichern. — Die Gewerkschaften wollen offensichtlich den Achtstundentag als gewerkschaftliches Objekt im Gegensatz zu der Partei, die in ihm eine politische Erzeugnis sieht, sich vorbehalten.

So sehr die freien Gewerkschaften sozialistische Organisationen im besten Sinne sein wollen, ebenso sehr haben sie aber die Nebelhaftigkeit parteipolitischer Zukunftsziele erkannt. Daher das Streben nach praktischer Tagesarbeit, das sich vornehmlich in der breiten Behandlung des Problems der Wirtschaftsdemokratie auf der Breslauer Tagung offenbarte. Zu dieser Betriebsbezogenen Wirtschaftsdemokratie ist ja eigentlich vor dem Kriege schon in der Form der Tarifverträge der Grund gelegt worden. Einen Ausbaa sieht die Reichsverfassung in dem Paragraphen 165 vor, der jedoch noch in seinen Anfängen steckt. Eine Entschlieung des Kongresses verlangt die schleunige Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten entsprechend Artikel 165 der Reichsverfassung und weiter die Errichtung paritätisch von Unternehmern und Arbeitern verwalteter Wirtschaftskammern für Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft. — Festgehalten zu werden verdient hier der Wille der großen Mehrheit der freien Gewerkschaften zu einem gleichberechtigten Zusammenarbeiten mit den Unternehmern, mögen diese eine wiederum von den Metallarbeitern geführte Minderheit an der früheren Forderung nach reinen Arbeiterkammern festhält. Für die Gewerkschaften allgemein aber ist die Wirtschaftsdemokratie kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, nämlich der schließlichen Aufrichtung des Reiches des Sozialismus: so klang es hervor aus den Worten jener Veteranen in der Gewerkschaftsbewegung, die zum Problem der Demokratisierung der Wirtschaft das Wort nahmen.

Als ein heikler Punkt blieb letztlich noch zu erledigen die Frage der Industrieverbände. Seit Jahren geht durch die Gewerkschaftsbewegung ein unverkennbarer Zug zu strafferer Zentralisation. Im Jahre 1924 waren dem Bund 41 Zentralverbände angeschlossen, von denen vier sich mit anderen Verbänden verschmolzen haben, während einer sich dem Ajo-Bund (Angestellte) angeschlossen hat, so daß noch 36 selbständige Verbände bestehen. Und seit Jahr und Tag wird von dem radikalen Teil der Gewerkschaftsbewegung, der insbesondere in der Großindustrie seinen Sitz hat, die Idee der Industriever-

bände propagiert, im Gegensatz zu den Berufsverbänden. Trotz allem Gerede von der Einheitsfront und Geschlossenheit in der freien Gewerkschaftsbewegung offenbart sich hier ein tiefer Zwiespalt in der gewerkschaftlichen Organisationsidee. Noch steckt in vielen Arbeitern der aus der Tradition des Handwerks stammende Berufsstolz, noch ist ihnen der Beruf ein wesentlicher Teil ihres Lebensinhaltes. Um einen offenen Auseinanderfall der Bewegung zu verhüten, legte in Breslau der Bundesvorsitzende eine Entschlieung vor, die sich zwar für die Industrieverbände ausgesprochen, die Zeit jedoch für deren Schaffung nicht für gegeben hielt, sie darum der Entwicklung in der Zukunft überlassen wollte, und die schließlich Annahme fand. Sie bringt aber keine Lösung einer Frage, die für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung noch einmal von grundlegender Tragweite sein kann. Auch der Breslauer Beschluß beseitigt nicht die Klippe, die hier für die Geschlossenheit der freien Gewerkschaftsbewegung liegt.

Allein daraus geht schon hervor, daß die nicht sozialdemokratisch organisierten Arbeiter der Möglichkeit der Schaffung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront stärkstes Mißtrauen entgegensetzen müssen. Insbesondere ist das bei der christlich-nationalen Arbeiterbewegung der Fall, da entscheidend für ihre Bildung die Lebensunterschiede, die auf weltanschaulichem Gebiete liegen, gewesen und geblieben sind. Alle Hinweise auf die englische Gewerkschaftsbewegung sind diesen Feststellungen gegenüber ohne Bedeutung. Der deutsche Mensch ist in ganz anderem Maße als der englische der Mensch weltanschaulich bestimmten Handelns. Seine Impulse zur Tat schöpft er aus letzten weltanschaulichen Wurzeln. Gegenüber dem sozialistischen Diesseitigsglauben bekennen sich die christlichen Gewerkschaften zu einer Weltanschauung, die im Jenseits wurzelt. Diese Wesensverschiedenheiten werden vorläufig die „Einheitsfront“ weiter ausschließen, wenn auch wohl ein gelegentliches Zusammengehen, wie es wiederholt der Fall gewesen ist, auch in Zukunft noch öfters Platz greifen kann.

**Wer hat Recht?**

Die Herbstkartoffelversorgung ist eine der mannigfachen Sorgen der großen Masse „kleiner Leute“. Woher die Mittel nehmen für einen vielfach umfangreichen Bedarf, da ja das Einkommen kaum zum allernotwendigsten täglichen Bedarf reicht, geschweige für eine Vorratswirtschaft. Wenn die berufenen Stellen gerade in diesem Jahr nicht zusammenwirken, wird es tausenden, insbesondere kinderreichen Familien unmöglich sein, den Bedarf einzudecken. Umso mehr ist eine Neuerung in der Nr. 17 der Zeitschrift der Kartoffelbau-Gesellschaft „Die Kartoffel“ vom 1. September in einem Artikel „Frühkartoffelpreise“ von Interesse. Hier wird zu einer „sehr bemerkenswerten amtlichen Statistik“ Stellung genommen. Die Statistik erstreckt sich auf 51 deutsche Städte von Königsberg bis Sigmaringen und hat die Ergebnisse vom Monat Juli d. J. als Grundlage. Wenn zwei sich streiten, kann der dritte als Zuschauer, in diesem Falle wenigstens, manches lernen. Das geht aus folgenden Ausführungen in der genannten Zeitschrift hervor, in denen es heißt:

„Je billiger die Landwirtschaft bzw. der Großhandel, die Kartoffeln zur Verfügung stellen, umso mehr schlägt der Kleinhandel auf. Wie ist es andersfalls möglich, daß bei einem durchschnittlichen Großhandelspreis von 7,9 in Breslau, 8,3 in Görlitz, der Kleinhandelspreis in der zweiten Hälfte des Monats — von der ersten wollen wir ganz absehen — noch am ersten Ort 12, am letzten 18 beträgt? Das sind mehr als 50 Prozent Aufschlag!“

Ein anderes Beispiel bietet Hannover, auch ein Ort im ausgesprochenen Produktionsgebiet, 13,8 : 19. Wie will ein solcher Aufschlag gerechtfertigt werden?

Unerwartet scheint es, daß dort, wo an sich höhere Preise gezahlt werden, der Kleinhandel sich mit geringem Nutzen begnügt (siehe Dortmund, Münster, Düsseldorf, Osnabrück).

Ueberhaupt zeigen die Kleinhandelspreise eine viel größere Ausgeglichenheit als die Großhandelspreise! Es zeigt sich also, daß der Kleinhandel sich seinen Preis unbekümmert um den Gestehungspreis selbst macht. Er schätzt einfach, was der Verbraucher zahlen kann, und streicht, da letzterer bei einem an sich so äußerst billigen Nahrungsmittel nichts danach fragt, den Profit auf Kosten des Erzeugers und des Großhandels ein.

Die diesjährige Frühkartoffelkampagne ist äußerst verlustbringend. Wir haben in der vorigen Nummer nachgewiesen, daß die ausländische Einfuhr den Frühkartoffelbau völlig unrentabel gemacht hat. Wenn nun aber trotzdem der Verbraucher nicht billigere Kartoffeln bekommt, dann ergibt sich die Frage, warum hier der Kleinhandel einen völlig ungerechtfertigten Gewinn einheimen soll. Die augenblicklichen Frühkartoffelpreise liegen weit unter den Gestehungskosten! Warum zahlt der Großhandel dem Landwirt nicht höhere Preise, wenn der Kleinhandel sich derartig bereichern kann, ohne daß der Verbraucher danach fragt? Warum muß den Rahm gerade der Kleinhandel abschöpfen, der so gut wie gar kein Risiko trägt, der sich weder um die Erzeugung noch um den Absatz bemüht, der nur so viel Ware abnimmt, als er bestimmt absetzt und lediglich die mechanische Funktion des Verteilers müssen. Wir verippen uns wenig von den angeklagten behördlichen Maßnahmen. Wir glauben vielmehr, daß es Sache der Berufsstände selbst sein wird, Abhilfe zu schaffen und damit sich selbst vor Verlusten zu schützen. Der Weg dazu wird gefunden werden müssen.“

Wer hat Recht? Darüber mögen sich die zunächst Beteiligten streiten. Wir stimmen aber der Forderung zu, daß eine grundsätzliche Reform auch hier notwendig ist, Weg und Mittel dazu sind schon längst gewiesen. Nicht die einzelnen Berufsverbände, sondern die Verbraucherorganisationen sind die gegebenen Stellen, womit man auf solider Grundlage verhandeln könnte. Die Konjungenoffenschaften würden gewiß bereit sein, im größten Ausmaß die Kartoffelversorgung im Interesse weiter Kreise vom Produzenten zum Verbraucher zu übernehmen, wenn auch auf Seiten der Produzenten ernsthaft der Wille zu einer Zusammenarbeit vorhanden ist. Die Konjungenoffenschaften können allerdings bisher nicht nur über günstige Erfahrungen berichten. Eine einwandfreie Zusammenarbeit für die Lösung dieser wichtigen Aufgabe müßte aber mög-

lich sein. Voraussetzung für die große Kartoffelversorgung der Minderbemittelten wäre allerdings auch, daß den Konsumgenossenschaften durch ihre zentrale hinreichender Kredit vom Staat zur Verfügung gestellt würde zu einem Zinsfuß, der auch wesentlich die Preisabbauaktion der Regierung unterstützt.

Lohn- und Arbeitsfreitigkeiten in der Textilindustrie.

Zum Lohn- und Arbeitszeitkampf in der Aachener Textilindustrie.

Am 15. Sept. d. J. wurde der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 10. Aug. d. J. für verbindlich erklärt. Dadurch hat ein außerordentlich hartnäckiger und monatelang dauernder Lohnkampf seinen Abschluß gefunden. Große Anstrengungen waren erforderlich, um diesen Kampf zu Gunsten der Arbeiterschaft zu führen. Wenn diese Lohnbewegung vom Frühjahr bis zum Herbst dauerte, so ist dieses in erster Linie dem schroffen und erbitterten Widerstand des organisierten Unternehmertums zuzuschreiben.

Am 14. Mai d. J. erfolgte bereits die erste Kündigung unseres Lohnabkommens. Prompt lehnte der Arbeitgeberverband jedwede Lohnerhöhung ab. Leider gelang es den Arbeitgebern, die staatlichen Schlichter einseitig zu informieren, mit dem Resultat, daß der örtliche Schlichtungsausschuß übergangen wurde und der Schlichter die Lohnstreitfrage an sich zog. In letzter Stunde erhielten wir Kenntnis von der Sache, die im Arbeitgeberlager getrieben wurde, durch das bekannte vertrauliche Rundschreiben des Geschäftsführers des Kreisfelder Arbeitgeberverbandes. Der staatliche Schlichter mußte in Anbetracht dieser Vorgänge von den Gewerkschaften als befangen abgelehnt werden. Durch persönliches Vortreffwerden seitens der Gewerkschaftsführer im Reichsarbeitsministerium wurde erwirkt, daß ein anderer Schlichter sich mit der Lohnstreitfrage befassen sollte. Am 22. Juni wurde ein Schiedspruch gefällt, der eine Erhöhung der bestehenden Löhne um 5 Prozent vorsah. Dieser Spruch wurde sowohl von den Gewerkschaften als auch seitens der Arbeitgeber abgelehnt. Die Arbeitgeber erklärten, nur dann einer Lohnzulage zustimmen zu können, wenn seitens der Gewerkschaften Zugeständnisse in der Arbeitszeitfrage gemacht würden, d. h. der Achtfundentag preisgegeben würde. Am 1. August reichten die Gewerkschaften beim staatlichen Schlichtungsausschuß neue Forderungen ein. Am selben Tage kündigten die Arbeitgeber das im April 1924 in freier Vereinbarung geschlossene Kollektivabkommen. Die Abänderungsvorschläge des Arbeitgeberverbandes lauteten:

§ 1. Die normale Arbeitszeit in der Woche beträgt 54 Stunden.

§ 2. (Ueberarbeitszeitabkommen) wird gefällig.

Damit war der Aachener Textilarbeiterkampf der Kampf um die Arbeitszeit angekündigt.

Am 11. August fällt der Schlichtungsausschuß Aachen einen Schiedspruch, wonach die Zeit- und Akkordlöhne um 5 Prozent erhöht wurden. Vom Arbeitgeberverband wurde der Spruch abgelehnt. Trotzdem dieser Spruch noch weit hinter den Forderungen der Arbeiterschaft zurückblieb, nahmen die Gewerkschaften den Schiedspruch an und beantragten die Verbindlicherklärung beim Schlichter in Köln. Ein vom Schlichter einberufener Termin endigte mit der Erklärung des Schlichters, daß mit Rücksicht darauf, daß das zwischen den Parteien bestehende Arbeitszeitabkommen infolge der Kündigung durch die Arbeitgeber am 31. Aug. d. J. abläuft, und daß die Arbeitgeber die Neuregelung der Arbeitszeit verlangen, die Entscheidung über den Antrag der Arbeitnehmer auf Verbindlicherklärung des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses Aachen, ausgelegt wird.

Am 8. September tagte der Schlichtungsausschuß, um zur Arbeitszeitfrage Stellung zu nehmen. Es entspann

sich ein harter Kampf um die Erhaltung des Achtfundentages und das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte. Nach langen Verhandlungen fällt der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses einen Schiedspruch, der auf der einen Seite den Betriebsräten das Mitbestimmungsrecht nahm, auf der anderen Seite aber für die Ueberstunden höhere prozentuale Vergütungen vorsah, als es bisher der Fall war. Dieser Spruch mußte gundsächlich von den Gewerkschaften abgelehnt werden. Aber auch im Arbeitgeberlager war Ragenhammerstimmung eingezoogen. Schon am Tage nach der Verhandlung am Schlichtungsausschuß kam es soweit, daß sich die Gewerkschaftsführer mit den Arbeitgebern zusammensanden, um eine Verbindlicherklärung des Spruches zu verhindern. Unentwegt hielten die Gewerkschaften ihre alte Forderung ausrecht, das bisherige Mantelabkommen bis zum 30. April 1926 zu verlängern. Diese Forderung wurde am darauffolgenden Tage von den Arbeitgebern angenommen. Somit war der lange zähe Kampf der Gewerkschaften zu Gunsten der Textilarbeitererschaft gewonnen. In einer großen Betriebsrätekonferenz wurde das Ergebnis der Verhandlungen bekannt gegeben und wurde dieser gewerkschaftliche Erfolg von allen Anwesenden freudig begrüßt und anerkannt.

Wenn es uns auch diesmal gelungen ist, in der wohlorganisierten Kampffront der Arbeitgeber eine Bresche zu schlagen, so möge die Arbeiterschaft daraus die Lehre ziehen, auch in Zukunft treu zu ihrer Organisation zu stehen, und durch vermehrten Opfergeist der Organisation das Mittelzeug zu geben, auch in der kommenden Zeit alle Angriffe auf die Organisation zurückzuschlagen.

Allgemeine Rundschau.

Die Volkshochschule Leohaus

(hath. soziale Erwachsenenbildung) beginnt ihren neuen, sechsmonatigen Kurs am 5. Oktober in Röchel a. See (Oberbayern). Sie ist in einem prachtvollen, am Seeufer gelegenen Heim untergebracht, wo die Schüler Wohnung und vollkommene Verpflegung finden. Wer noch am diesjährigen Kurs teilnehmen möchte, wende sich umgehend um nähere Auskunft an die Leitung der Volkshochschule Leohaus, in München, Pestalozzistr. 1.

Leistungssteigerung bei verkürzter Arbeitszeit.

Neuere arbeitswissenschaftliche Versuche zeigen, daß die Einführung von Arbeitspausen, sowie die Herabsetzung der Arbeitszeit die Menge der geleisteten Arbeit heben. So bewirkte die Einführung einer 10 Minuten langen Arbeitspause in die fünfstündige Vormittagschicht von Polierern eine Steigerung ihrer Arbeitsleistung um 5,2 Prozent. Eine viel bedeutendere Steigerung wurde in einer Textilfabrik mit 10-stündiger Arbeitszeit erzielt, wo man außer der einstündigen Mittagspause noch vier Pausen von je 10 Minuten Dauer, und zwar nach den ersten zwei Stunden und den nächsten anderthalb Stunden jeder Halbtagsarbeitsperiode eingeführt hat. Die günstige Wirkung — eine Produktionssteigerung von 13 Prozent — kam hier vornehmlich dadurch zustande, daß die Arbeiterinnen jetzt die früher eigenmächtig und willkürlich eingeschalteten Arbeitspausen weglassen lassen. In je intensiverer Ruhe die Pausen verbracht werden, um so günstiger ihre Wirkung, am besten ist Schlaf. Wenn man ihnen Gelegenheit dazu gibt, und sie dazu anleitet, lernen die meisten Arbeiterinnen bald auch während kurzer Pausen schlafen. Die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit in einer Schokoladenfabrik von 47 auf 44 Stunden ging ebenfalls mit einer Steigerung der Arbeitsleistung Hand in Hand, die sich in der Schokoladenproduktion auf 39 Prozent, in der Verpackung und in der Schokoladenfabrikation auf je 27 Prozent, in der Schokoladenfabrikation auf 15 Prozent stellte.

„Die Arbeiter sind schuld“

wenn die Preisabbauaktion der Regierung sich nicht auswirken kann, sondern immer noch die Preise, insbesondere für Textilien weiter steigen. Dieses scheint die Krönung der Leistung der Erfurter Garnfabrik in Erfurt, Ringenstr. 8, zu sein.

Genannte Firma versendet an ihre Kunden die Vorzugspreisliste 116 für Herbst 1925, deren Kopf folgende eingerahmte Notiz enthält: „Kaufenseitig, was Sie nur können, denn der Winter bringt voraussichtlich wieder höhere Preise. Streiks und Lohnerhöhungen sorgen dafür.“

Da haben wir's. Also der Arbeiter ist der allein schuldige Teil, wenn statt Preisabbau neue Preiserhöhungen kommen. Wie kann er auch wagen, für sich und seine Familie einen Lohn zu beanspruchen, der ihm das Allernotwendigste zum Leben gibt? Er mag sich doch ein Beispiel nehmen an der Bescheidenheit der Unternehmer und Händler von der Art der Erfurter Garnfabrik, die zweifellos auf jeden Gewinn verzichtet zum Wohle des gesamten Volkes.

Aber im Ernst. Hat denn die Firma gar kein Verständnis dafür, wie sehr ihre skrupellose Reklame die Arbeiterschaft beleidigt und verbittert? Glaubt sie wirklich, dadurch den Preisabbau zu fördern und dem sozialen Frieden zu dienen? Es wäre mißsenswert, wenn die zuständigen Stellen doch manchmal etwas mehr nach dem Rechten sehen wollten und derartige Vorkommnisse unmöglich machten.

Statistik der freien Gewerkschaften.

Aus Anlaß des Anfangs September abgehaltenen 12. Gewerkschaftskongresses veröffentlicht der sozialistische Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund seine Verbandsstatistik für 1924. Danach waren dem Bund im Jahre 1924 41 Zentralverbände angeschlossen, von denen vier sich mit andern Verbänden verschmolzen haben, während einer sich dem Afa-Bund (Angestellte) angeschlossen hat, so daß noch 36 selbständige Verbände bestehen. Diese Arbeiterverbände zählten Ende 1924 rund 3 975 000 Mitglieder, darunter 743 405 weibliche und 126 297 jugendliche. Die Mitglieder verteilen sich auf weit über tausend Orte in Deutschland. Die größte Organisation ist der Verband der Metallarbeiter mit 710 934 Mitgliedern. Ihm folgen die Textilarbeiter mit 326 342 Mitgliedern, die Fabrikarbeiter mit 325 700, der Bauergewerksbund mit 319 376, der Verkehrsbund mit 258 775, die Holzarbeiter mit 284 742, die Bergarbeiter mit 190 224, die Landarbeiter mit 179 656, die Gemeinde- und Staatsarbeiter mit 179 546 und die Eisenbahner mit 167 691 Mitgliedern. Ueber 50 000 Mitglieder zählten weiter die Bekleidungsarbeiter 87 640, die Schuhmacher 85 372, Zimmerer 80 264, Buchdrucker 71 924, Tabakarbeiter 66 712, Lebensmittel- und Getränkearbeiter 65 235, Buchbinder 53 943, Nahrungs- und Genussmittelarbeiter 52 761 und der Verband der Porzellanarbeiter 50 545 Mitglieder. Die Steinarbeiter und Steinschleifer zählten 43 823 Mitglieder, die Lederarbeiter 40 170, die Maschinen- und Setzer 40 046; die Maler 37 701, die Glasarbeiter 36 604, die graphischen Hilfsarbeiter 33 125, die Sattler, Tapezierer und Portefeulier 33 341 Mitglieder. Der Verband der Musiker hatte 22 850 Mitglieder, und der Verband der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten 22 413 Mitglieder. Ueber 10 000 Mitglieder hatten noch folgende Verbände: Lithographen 19 252, Sutarbeiter 18 563, Fleischer 12 984 und die Schneider 11 300. Nur neun Verbände hatten weniger als 10 000 Mitglieder. Die Gesamtzahl der Gewerkschaften betragen in der Zeit von 1891 bis 1924 97 037 600 RM., die Ausgaben 69 971 119 RM. — Gegenüber dem Mitgliederhöchststand nach dem Kriege und der Revolution mit über acht Millionen erlitten die freien Gewerkschaften während der Inflationszeit große Verluste — in einem Vierteljahr 1922 z. B. 1,3 Millionen Mitglieder — die auch im Jahre 1924 noch nicht wieder wettgemacht worden sind. Jedoch zeigt nach Mitteilung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes das Jahr 1925 wieder eine Aufwärtsbewegung und zwar auf einen Stand von zur Zeit 4,5 Millionen.

Christlich-nationale Arbeiterbewegung.

Gar oft begegnet man heute der Frage: „Was ist praktisch bei der christlichen Weltkonferenz in Stockholm herausgekommen?“ Darauf ließe sich viel antworten. Man könnte von dem internationalen Forschungsinstitut für kirchlich-soziale Fragen, könnte vom kommenden Neubau der russischen Kirche, könnte auch davon reden, daß alles Innerste derborger wächst (Marc. 4, 26—29).

Wir wollen aber auf die praktische Frage praktisch antworten: Auf dich selbst, auf jeden Christenmenschen kommt es an, daß aus der reichen in Stockholm ausgestreuten Saat gute Frucht sprießt. Und für die deutschen Verhältnisse, wie sie einmal sind, wäre das Wichtigste, die Stärkung der christlich-nationalen Volksbewegung.

Es handelt sich also darum, alles evangelische Gemeindeleben und alles evangelische Vereinsleben zu stärken; zu stärken insbesondere die Evangelischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, die nach dem seiden h. rausgekommenen amtlichen statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich 120 500 Mitglieder zählen. Das ist viel, wenn man die tiefen Vermüftungen der letzten Jahre bedenkt, aber es ist verschwindend wenig, wenn man in derselben Quelle liest, daß die katholischen Arbeitnehmervereine 588 295 Mitglieder zählen, obwohl doch Deutschland zu zweidrittel evangelisch ist. Hier sollte, wer praktisch wirken will, einsehen. Man wende sich hinsichtlich des Gesamtverbandes Evangelischer Arbeitervereine Deutschlands an das neue Generalsekretariat in Ber-

Textile Technik.

Laut Abkommen mit dem Verlag der führenden wissenschaftlich-technischen Textilliteratur Melland's Textillberichte erhalten unsere Mitglieder das Werk mit 50 Prozent Rabatt. (3. Zt. monatlich ein Heft 80/100 Seiten a M. 3.—, also für Mitglieder M. 1.50.) Die Bestellung kann direkt unter Bezug auf diese Notiz unter Angabe der Nummer des Mitgliedsbuches beim Verlag Melland's Textillberichte, Mannheim, (der sich bereit erklärt hat, auch einzelne Hefte abzugeben), bestellt werden.

Nachstehend geben wir den wesentlichsten Inhalt wieder aus dem Heft Nr. 9. (Sept. 1925).

Der Mechanisch-Technische Teil bringt folgende Abhandlungen: Rechtsgebrechtes oder linksgebrechtes Garn. Von Prof. R. Fiedler, Studentent. (Mit Abb.) Ueber Baumwollabfälle. Von A. Richter. Längen- und Gewichtsberechnungen von Garnsendungen. Von Dozent Ingenieur Paul Beckers. (Mit Abb.) Berechnung des Tüllgewebes. Von Ober-Ing. Max Böhmmer. (Mit Abb.) Die Velourhutfabrikation. Von Jack Schwieger. (Mit Abb.) Die Posamente, ihre erste Verbreitung bis zur heutigen Bedeutung innerhalb der Textilindustrie. Von W. Saaß. Das Schleifen des Schneidzeugs der Schermaschine. Von Emil Puschmann.

Der Chemisch-Technische Teil gibt Aufschluß über: Das Verwohlen von Baumwollgeweben. Von Dr. W. Rind. (Mit Abb.) Die Mercerisation mit Salpetersäure. Von P. P. Budnikoff. Das Verwohlen von Baumwollgeweben. Mitteilung der Philana A.-G., Basel. Die quantitative Bestimmung des Reduktionsvermögens roher und verschiedenartig vorbehandelter Baumwolle. Von Helmut Korte, Griesheim a. M. Physikalische Daten über verschiedene Kunstseidenarten. Von Dr. Kurt Göthe. Das Bronzieren der Schmelzfärbungen. Von Walter Kofhe.

Fachmitteilungen aus dem Internationalen Verein der Chemikerkolonisten: Beiträge zur Kenntnis der Färbeporgänge. Von Dr. R. Haller, Großenhain i. Sa. (Mit Abb.) Ueber das Zustandekommen der Rippenfärbung auf Baumwolle. Von Kurt Traßler. Ueber Revalan-Färbstoffe. Von Prof. F. Ruggli (Basel). Bemerkungen zum Vortrag Dr. A. Kauterbach vom 27. Mai 1924 am 9. Kongreß des Intern. Verein der Chemiker-Kolonisten in Wien. Zur natürlichen Farblehre Max Bedes. (Mit Abb.)

Die Textilien Forschungsberichte enthalten folgende Arbeiten: Die Grundlagen der individuellen Leistung und Eignung in mechanischen Webereien. Von Dr. Walter Medius. (Mit Abb.) Prüfung der Kunstseide auf Färbbarkeit. Von Dr. Alfred Oppe. Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen Festig-

keit und Drehung bei Jutegetarnen. Von Hans Rudolph, Betriebsingenieur. (Mit Abb.)

In dem Abschnitt Betriebstechnik, Organisation, Werbetätigkeit sind folgende Aufsätze abgedruckt: Die Dampferzeugung mittels elektrischen Stromes in der Textilindustrie. Von August W. Die Ausbildung an Heizkesseln unter Berücksichtigung der derzeitigen Brennstoffverhältnisse. Von Dipl.-Ing. Walter Höntsch. (Mit Abb.) Neue Gesichtspunkte über Speisewasserreinigung. Von Johannes Reide, Marine-Chefingenieur a. D. Der Gebrauch des Rechenstabes in der Färberei. Von Anton Valena. Was sagt der Werbefachmann? Von Fritz Blum. Was die Amerikaner für Reklame ausgeben.

Die Technischen Mitteilungen aus der Industrie enthalten: Kunstwollfabrikation. Firma S. Schirp, Bohwinkel i. Rhld. (Mit Abb.) Die Dekatur. Von E. Wachtel. Firma Ernst Bekner, Aue i. Erzgeb. (Mit Abb.) Ein neues Kleinbezug für die Textilindustrie. Firma Deutsche Maschinenfabrik A.-G., Duisburg. (Mit Abb.) Moderne Heilmaschinen für die Weberei. Firma Sam. Wollenweider, Sorgen-Zürich. (Mit Abb.) Maschinenbürsten. Firma Maschinenbürstenfabrik Gierkes & Kaumanns, Crefeld. Alte Linnenstr. 125. Rückgewinnung gebrauchter Natronlauge bei Stück-Mercerisation nach dem System Ratter. Firma Bemberg Maschinenbau A.-G., Barmen-L. (Mit Abb.) Die Fortschritte der Textilfärberei in den letzten 50 Jahren. Firma S. Kranz, Maschinenfabrik, Aachen. Einrichtung zum Kontrollieren von Gradigkeit und Temperatur der Natronlauge für Zwecke des Mercerisierens. Von Otto Funke i. Sa. Otto Funke & Co., Komm.-Ges., Eibersfeld. (Mit Abb.) Herstellung von Muttermolekten und Reliefs aus Flüssigblei (Siemens-Martin-Stahl) statt Spezialstahl nach dem Patenten Rohlfing'scher Verfahren. Von Ing. F. F. Palli, Wien 1, Seilerstätte 11.

Die Welt-Zeitschriften-Schau enthält wie bisher eine Fülle von wertvollen Referaten aus den wichtigsten in- und ausländischen Textillfachzeitschriften.

Der Abschnitt Technische Auskünfte ist sehr reichhaltig mit Fragenbeantwortungen angefüllt, die die verschiedensten Gebiete der Textilindustrie behandeln, z. B.: Rohstoffe und Faserzubereitung. Literatur über den Alchengehalt von Textilfasern. (Spinnerei, Zwirnerlei, Spulerei, Seilerei). Berechnung der Zwirnmassigkeit (Mit Abb.) Weberei, Schlichterei und Vorbereitung. Herstellung von Reppartikeln. Verwendung von Schweinefett oder Talg in der Schlichterei. (Veredlung). Ausrichtung von Melton. Glanz auf baumwollenen Trikotwaren. Hochglanz und Festigkeit der Nähfäden. Kochen und Beugen von Zephyrgeweben. Trockenapparate für kunstfärbene Schlauch- und Webwaren. Verwendung von Nephölen beim Färben. (Betriebstechnik, Wärmewirtschaft u. dergl.) Elektrischer Einzelantrieb für Rohwebereien. Enteisung für Färbereibetriebswasser.

Den Schluß der Technischen Auskünfte bildet der Fragekasten für Gesuchte Bezugsquellen.

Der Abschnitt Neue Erfindungen bringt in bekannter Weise ein Verzeichnis der bekanntgemachten deutschen Patentanmeldungen, der Patenterteilungen und zahlreiche Referate über in- und ausländische Patentschriften.

Der Wirtschaftliche Teil enthält folgende Arbeiten: Die Aufgaben des Reichsverbandes. (Mit Abb.) Zum Stand des Kartellwesens. (Mit Abb.) Genaue Arbeitszeitberechnung — eine Lebensfrage für die deutsche Industrie. Von Professor Schatzschmidt. Steuernwesen: Kleine Steuernotizen. Aus Instituten, Vereinigungen und Fachschulen: Internationaler Verein der Chemiker-Kolonisten, Vereinsnachrichten. A. G. B. des Vereins der Färbereischüler Crefeld. Gesellschaft von Freunden und Förderern der Färberei- und Appreturfakule zu Crefeld. Preussische Fachschule für Textilindustrie Forst (Lausitz). Ehrung. Geh. Hofrat Dr. Ing. Ernst Müller. — Firmenachrichten: C. A. Weidmüller, Chemnitz i. Sa. Dr. C. Eberle & Co., Stuttgart. Der 5000ste Bomag-Webstuhl. C. A. Gruschwitz A.-G., Olbersdorf i. Sa. Hohe Auszeichnung. Das Jubiläum der „Tabize“. 125 Jahre Grohmann & Co. Erweiterung der Budapester Webig-Werke. Berichtendes: American Bemberg Corporation. Noch eine deutsche Kunseidengründung in Amerika. Der amerikanische Kunstseidenpreis. Ein Verkalktruf der engl. Seidenindustrie. „Kanta“. Ein Institut für Konjunkturforschung.

Offene Stellen (Zusammenstellung aus anderen Zeitschriften). Ingenieur, Spezialist für Krenpel- und Spinnereimaschinenbau (insb. Ringspinnmaschinen).

Spinnmeister, erfahren in der Behandlung von Platt-Selbstspinnern und Ringspinnern, tschechische, und deutsche Sprache erforderlich.

Ringspinnmeister.

Borwerks- u. Kämmeister, Erfahrt in der Behandlung von Platt-, Hetherington-, Ashmorth-Carden u. Basmit-Rämmmaschinen i. Spinnerei in deutscher Gegend Böhmens.

Meister für Garnlager, Spulerei und Ketten-Schlichterei.

Spinnmeister für weißbäurische Flachspinnerei.

Trospinnmeister für größere Baumwollspinnerei in Norditalien.

Zwirnmeister nicht unter 28 Jahren, led. bezorgugt., durchaus bewandert in der Herstellung von Leinwandzweinen, Dutchnähgarnen etc.

Spinnmeister für Hanfspinnerei (Bindsfadensfabrik).

Direktor, hervorragender Webereifachmann, spez. Buntweberei Kenntnisse in Warenaustrichtung, Beherrschung der tschechischen Sprache.

In SW., Königsgräberstr. 87, oder direkt an den Gesamtverband-Vorständen Pfarrer Werbeck, Eberfeld, Warrerescherstraße 82, hinsichtlich des Gesamtverbandes Evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands an die Geschäftsleiterin Fräulein Hagemann, Bethel bei Bielefeld, Bethelweg 47, wenn man die Bewegung praktisch fördern möchte. — Gleichweise gilt es, die evangelische Jungmänner- und Jungfrauenbewegung zu stärken; Anschrift für die erstere ist der Reichsjugendwart Lic. Stange, Leipzig-Cohlis, für die letztere das Burchardthaus in Berlin-Dahlem, Friedbergstraße 25-27. — Die Stärkung aller evangelischen Bestimmungvereine, sonderlich derer, die die breitesten Schichten erreichen, sollte die Frucht der Stockholmer Anregung sein.

D. Reinhard Mumm, M. d. R.

### Sozialpolitisches.

#### Aus der Invalidenversicherung.

Im Jahre 1924 hatte die Invalidenversicherung eine Beitragsentnahme von 360 Millionen Mk., im Jahre 1913 eine solche von 290 Millionen. Seit dem Jahre 1913 hat sich die Zahl der Rentenempfänger nicht unwesentlich vermehrt. Besonders groß ist die Zunahme der Witwen und Waisen. Hier wirken sich die Kriegsverluste aus. Die Ausgaben für das Jahr 1924 stehen noch nicht fest. Sie dürften aber trotz der Vermehrung der Rentenempfänger nicht höher sein als im Jahre 1913. Rund 28 v. H. aller Versicherten erzielen einen Wochenlohn von nicht mehr als 10 Mk. Selbst wenn man annimmt, daß die Arbeitgeber zum Teil nicht die richtigen Marken kleben, bleibt eine solche Verschiebung verständlich für den, der den Angaben der Arbeitgeber über die Lohnhöhe Glauben geschenkt hat. Wird durch die durchaus unzureichenden Löhne nicht der letzte Rest von Volkskraft zugrunde gerichtet? Diese Fragen mögen sich einmal unsere Wirtschaftsführer beantworten.

### Aus unsern Bruderverbänden.

#### Eine Ausstellung des christlichen Holzarbeiter-Verbandes.

Anlässlich des 11. Verbandstages des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter vom 16. bis 19. August in Köln, hatte dieser Verband eine kleine, aber wohlgeleitete Ausstellung über die Entwicklung des Verbandes seit dem Jahre 1899, sowie von in der Holzindustrie vorkommenden Hausarbeitszeugnissen veranstaltet. Die recht eigenartige Ausstellung fand allgemeinen und ungeteilten Beifall. Man sah zunächst das erste, im Jahre 1899 von Adam Siegemund verfaßte und herausgegebene Werbeflugblatt bei der Gründung des christlichen Holzarbeiterverbandes. Man sah das erste, recht bescheidene, auf weißem Papier gedruckte Verbandsplakat neben dem neuer, von Kunstmalern Hohlwein-Münchgen hergestellten, hochkünstlerisch gehaltenen Werbeplakat. Man sah die Geschäftsberichte des Verbandes vom Jahre 1900 an in primitivster Form beginnend, bis zum letzterjähren Bericht mit 198 Druckseiten. Außerdem wurden die Verbandschriften und die Entwicklung des Verbandsorgans gezeigt.

Neuartig war die bildliche Darstellung der Verbandsgliederung neben einer Darstellung der Zweck- und Zielsetzung des Verbandes. Diese von Kunstmalern Wüst in Köln hergestellten allegorischen Darstellungen fanden infolge ihrer Originalität wie auch ihres tiefen Sinnes allgemeine Anerkennung. Auf dem einen Bilde erhebt sich ein mächtiger Eichenbaum, dessen Wurzeln die einzelnen holzgewerblichen Berufsarbeiter bilden. Der Grundstamm des Verbandstages weist dem Verbands seine Gliederung nach oben im Zentralvorstand und, 12 starke Säulen zeigen die Hauptbezirke des Verbandes im Reich mit all den Nebenweigen des Verbandes. 18 Bilder, recht trefflich angelegt, zeigen auf einem anderen Plakate die Zweck- und Zielsetzung des Verbandes. Als erstes Bild erscheint die „richtige Bewertung der Arbeitsleistung“. Sodann folgt die „Bewertung des Trägers der Arbeit“, geregelte Arbeitszeit zum Zwecke der Pflege des Familienlebens, geregelte Arbeitszeit zur Gesunderhaltung von Körper und Geist, geregelte Arbeitszeit zum Zwecke der Teilnahme an öffentlichen und staatlichen Leben usw. Weitere Darstellungen veranschaulichen die Pflege der Solidarität, die Pflege der Jugend, die Pflege des Genossenschaftswesens, die Pflege der Bildung und des Gemeinwesens. In bestem Verständnis hat der Maler das Bestreben des Verbandes, der Arbeiterschaft zu helfen, sie vorwärts zu bringen, wirtschaftlich wie geistig, auszusagen und zu zeigen.

Der Zentralvorstand christlicher Holzarbeiter beabsichtigt, diese allegorischen Darstellungen weiter auszudehnen und zu vervollkommen. Sie sollen sowohl der Bearbeitbarkeit dienen, wie auch vor allem zur Schulung und Bildung der Mitglieder beitragen.

- Betriebsleiter für Madras-Weberei, erste technische Kraft, selbst. Leiter des Betriebs, einschl. Vorbereitung u. Schlicht. Bedienung.
- Weberei-Assistent für mittelgr. Jacquardweberei d. neutr. Ausl. Webmeister für groß. jüdd. Wand- und Curtenweberei. Webmeister für jüdd. Leinwandweberei.
- Stuhlmeister für große Tuchfabrik Rumaniens für Oberländerfelle, engl. System und Tuchwebeschleife für Baum-, Halb- und Ganzwolle, sowie Herren- und Kleiderstoffe.
- Webmeister für Buntweberei, volla. bewand. im Vorriecht und Montieren von Webstühlen für glatte Körper- und Satinware, gestreift und kariert, mehrläufig. Praxis.
- Berufsführer für bedeut. Strickwarenfabrik in groß. Stadt Böhm. Meister für gr. Stadt in Rumänien mit vort. deutscher Bevölk. für Standard- und Inviolable-Maschinen.
- Berameister für führ. Wirkwarenfabrik Schwedens, für Rundstrick- und Flachstrick-Motormaschinen.
- Berameister mit gründl. Kenntnis verschied. Systeme von Strumpfpantomaschinen bzw. Standard, Inviolable, Ideal, Motorstrickmaschinen gewöhnl. System.
- Berameister, erfähr. der Maxim, Inviolable, Larian u. Sackennadel-Automaten nebst dazugehör. Hilfsmaschinen gründl. versteht, findet bei Wien dauernd. Anstell.
- Strickmeister für Strumpfwarenfabrik.
- Strickmeister, volla. selbst. Arbeiter in Flach-, Rund- u. Kinder- sowie Hilfsmaschinen.
- Strickmeister oder Strickmeisterin.
- Färbereileiter der gr. Erfähr. in der Behandlung u. d. Färb. von Maschinen- u. Handstrickgarnen sowie Zephyrgarnen hat.
- Jugender u. Konstruktur, mögl. m. Erfähr. im Bau v. Färb-, Bleich- u. Trockenmach. neuzeitl. Wärmehaare.
- Färberei-Leitender für große Tuchfabrik.
- 2. Färbereileiter, der im Färb. färbbar. Wollwaren u. Lein. Rolle spielt und sicher arbeitet.
- Färbereileiter für gr. mitteldeutsch. Weberei.
- Färbereileiter, der bereits auf Thierapp. gearb. hat, z. ehest. Eintritt für eine Baumwollgarnbleiche u. Färberei.
- Reifer für Baumwoll-, Vor- u. Nachapp., sowie Bleich- u. Merceris, Füllen (Gummivarieren) d. Baumwoll. Kleider- u. Futters, weiß. Hemdenstoffen, Damaste, selbst. Arbeiten.
- Färbereileiter für Baumwoll- u. Kunstseidenfärbwaren, der auch ein tabell. blumig. Dyddationschwarz (Diamantschwarz) auf Stämm. zu färben vermag.
- Färbereileiter für Lohnfärb. für Baumwollgarne (Diamantschwarz).
- Appreturmeister für Weißwaren, spez. in der Appret. baumwollener Weißwaren.

Die Ausstellung zeigt daneben die bereits auf der Heimarbeitsergebnisausstellung in Berlin ausgetesteten Heimarbeitsergebnisse der Verbandsmitglieder den Verbandstagteilnehmern. Hier fielen vor allem die Oberammergauer Bildhauerarbeiten auf, die zum großen Teile als wahre Kunstwerke bezeichnet wurden. Geschickliche Kronleuchter, Krustige usw. Die Heimarbeit aus der Korbindustrie zeigte neben wunderschönen Korbarbeiten die geradezu armselige Entlohnung dieser armen Arbeitsleute. Dasselbe muß von der ebenfalls vertretenen Heimarbeit aus der Spielwarenindustrie gesagt werden.

Es war das erste Mal, daß der Zentralverband christlicher Holzarbeiter auf einem Verbandstag in dieser Weise eine Ausstellung verwirklichte. Der Versuch hat ergeben, daß auf diesem Gebiet sehr gute Werke- und Bildungsarbeiten geleistet werden kann. Der Verband beabsichtigt deshalb, auch auf diesem Gebiete Vervollkommnung zu erstreben.

#### Peter Dedenbach.

Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen konnte am 18. September ds. Js. seinen fünfzigsten Geburtstag feiern. Er wurde geboren in Köln-Boll am 16. September 1875. Nach seiner Entlassung aus der Volksschule war er als Maschinenschreiber tätig. Am 1. April 1900 wurde er Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes. Am 1. Februar 1905 übernahm er den Posten als Arbeitersekretär in Köln. Mit dem 1. April 1911 wurde ihm die Stelle eines Bezirksleiters des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes für den Bezirk Köln übertragen, in welcher Stellung er bis zum 31. Dezember 1912 verblieb. Seit dem 1. Januar 1913 steht er als 1. Vorsitzender an der Spitze des, durch Aufstellung des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes entstandenen Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands, der seit seiner Würzburger Generalversammlung im Jahre 1922 den Titel „Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen“ führt. In diesem Verbands hatte Dedenbach besonders Gelegenheit, den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft bei den oft schwierigen Verhandlungen über den Abschluß von Tarifverträgen für die in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer zu fördern und zu pflegen. Aber auch außer seiner direkten Tätigkeit als Beamter der Arbeiter- bzw. Gewerkschaftsbewegung ist Dedenbach in seiner Eigenschaft als langjähriger Stadtvorordner in Köln, (vom 1. Januar 1912 bis Mai 1924), und als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates seit dessen Gründung immer für die soziale und wirtschaftliche Besserstellung seiner Berufskollegen eifrig eingetreten. Er darf sich zu den Alten zählen, die mit Stolz und Befriedigung auf ihr Wirken für die Arbeitnehmerschaft zurückblicken können. Wir aber wünschen ihm zu seinem Ehrentage Gottes reichsten Segen und die Freude und das Glück, noch recht lange sein Sein und Können in den Dienst der guten Sache zum Wohle der Arbeitnehmerschaft stellen zu können.

### Arbeite mit!

„Das reiche Leben hat für dich Den rechten Posten, greif nur zu! Und wirft du nur ein kleines Rad In dem Getriebe, laufe du Nur redlich in der Weltenuhr Und fühle, daß du nötig bist, Und daß der große Feiger treu Auch deine stille Arbeit mißt!“

### Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.

**Böckel.** Am 25. September veranstaltete die Arbeiterinnenkommission unserer Ortsgruppe einen Arbeiterinnen- und Frauenabend, zu dem sich die Arbeiterinnen und die Frauen der Mitglieder so zahlreich eingefunden hatten, daß der Saal des Arbeiterinnenvereins die Besucherinnen kaum zu fassen vermochte. Viele mußten sich mit einem Stehplatz begnügen. Nach dem Vortrag eines Prologs und der musikalischen Aufführung eines Reigens hielt die Kollegin Sarkötter einen Vortrag über die Bedeutung und die Aufgaben der Arbeiterinnenbewegung. In tiefdurchdachten und zu Herzen gehenden Ausführungen sprach die Rednerin über die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Arbeiterinnen, deren Mitwirkung bei der Regelung sozialer Fragen, besonders in der Textilindustrie, die 70-80 Prozent weibliche Arbeitskräfte beschäftigt, nicht mehr entbehrt werden könne. Neben den von der Organisation als wirtschaftliche Interessenvertretung zu leistenden Aufgaben sei die Erziehung junger Arbeiterinnen im christlichen Sinne und ihre Heranbildung zu stiftlich gereiften und vollwertigen Frauen vornehmste Pflicht der konfessionellen Arbeiterinnenvereine. Sie bat die Kolleginnen, mitzuarbeiten an der Rettung der deutschen Jugend, an der Vertiefung der christlichen Grundzüge auch im Wirtschaftsleben und an der Verwirklichung der hohen Ziele der christlichen Arbeiterbewegung. Daß die Referentin allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies der starke Beifall am Schluß ihrer Ausführungen. Nachdem Kollegin Göwert der Rednerin für ihren interessanten und inhaltreichen Vortrag gedankt und alle Anwesenden zu erster Mitarbeit ermahnt hatte, wurden mehrere Chorlieder von Mitgliedern des Arbeiterinnenvereins musikalisch zum Vortrag gebracht. Es folgte dann der Vortrag eines tiefempfindlichen und tiefinnigen Gedichtes: „Fabrikmädchen“. Zwei flott gespielte Lustspiele sorgten dafür, daß auch der Humor nicht zu kurz kam. Mit Worten des Dankes an alle, die zur Verschönerung der Veranstaltung durch ihre Darbietungen beigetragen hatten, insbesondere an die Schwestern des Arbeiterinnenheimes, wurde der schon verlaufene Abend vom Kollegen Göwert geschlossen.

#### Berichte aus den Ortsgruppen.

**Barmen.** Das Licht geht auf! Der einmütige Zusammenschluß der Arbeiterkraft in den Jahren 1919-23 in den Gewerkschaften hatte derselben in puncto Lohn- und Arbeitsbedingungen die denkbar besten Vorteile verschafft. Daß es nicht möglich war, die Lebenslage des Arbeiters so zu gestalten, wie es auch ihm als Mensch und Geschöpf Gottes zukam, lag in den Zeitverhältnissen begraben. Dennoch hätte weit mehr erreicht werden können, wenn man im Kampfe um das Notwendigste nicht erlahmt wäre und der Berufsvertretung nicht vorzeitig den Rücken gemandt hätte. Inzwischen haben die Arbeiterorganisationen den Zeitpunkt richtig erkannt — und gebandelt. Durch den Rückschlag der Gewerkschaften und des Selbstfertigen werden wollen waren die Arbeitnehmergruppen isoliert und konnten mit Leichtigkeit gelöst werden. Eine Position nach der anderen wurde genommen, so bei den Wäschebandwirthern, Gummihandwerkern, Klempnern usw. „Erhöhte Leistungen, weniger Verdienst“. Die Forderungen werden es endlich nicht mehr ausschalten, und das

Ende ist die Kernenheilanstalt ober Grafenberg. Tausende von Familienglieder werden dadurch ins Elend gestürzt. Dennoch halten sie obengenannte Branchen nicht für nötig, eigens für sie, von dem Sekretariatsleiter Barmens einberufene Branchenversammlungen zu besuchen, um über ihr Elend zu reden. Das man an allem möglichen denkt, nur nicht an das Notwendigste, beweist jeder Tag aufs neue.

Hier hat ein Arbeitgeber unseres Tales eine Bombe gemorren, die zunächst in betrieblicher Nähe zum Plagen kam und die hoffentlich auch noch in weiterer Umgebung wirken wird. Als die Arbeiter jenes Betriebes für ihre Akkordarbeit die am 3. August ds. Js. erhaltenen 4 Prozent Lohnerhöhung verlangten, wurden sie abgewiesen, „da sie doch genug verdienen“. Einmündend, daß doch Bauhandwerker, Buchdrucker, Tischler usw. mehr verdienen, wie es den Zeitverhältnissen auch entspräche, erklärte der Arbeitgeber: „Die haben auch geschlossene Organisationen.“

Wenn da das Licht noch nicht aufgeht, der mag in der Finsternis und im Elend bleiben, bis die fürchterlichen Sklavensketten ihn völlig an den Boden werfen. Dann gibt es kein Aufstehen mehr, dann bleibt nur — das Jammern.

Darum, erkenne ebenfalls den Moment, du Textilarbeiter — und handle. Zahle deine Beiträge so hoch wie möglich und decke dich gut ein. Schaffe dir eine Kriegshasse und zahle deine Extrakampfmärkte.

Jene haben den Wink des Herrn Arbeitgeber verstanden und sich organisiert. Wollen doch die Arbeitnehmer nächstens auf unsern Ruf achten und nicht erst den Arbeitgeber mahnen lassen. — Einem, der es gut mit den Arbeitern meint.

**Rempe.** Gewerkschaftlicher Zusammenstoß gegen Unternehmervillikür! Die Firma Bernhard Meyer, G. m. b. H., in Wipperfurth, ist eine jener Firmen, die ihren „Herr im Hause“ Standpunkt besonders scharf hervorkehrt. Schon seit Jahresfrist bestehen fortgesetzte Differenzen zwischen Firma und Belegschaft. Rücksichtslose Entlassungen, Lohnreduzierungen, Behinderung der Betriebsratsmitglieder in ihrer Tätigkeit, Verlegungen in andere Abteilungen usw. sind an der Tagesordnung. Die Anerkennung vertraglicher und gesellschaftlicher Bestimmungen müssen der Firma fast regelmäßig durch Schiedssprüche bezw. Gerichtsurteile aufgezwungen werden. Die Anwendung dieser Instanzen ist hier fast zur Regel geworden, da die Firma den Weg der Verständigung in den meisten Fällen ablehnt und grundsätzliche Entscheidungen verlangt. Trotz der fortgesetzten Entlassungen zu Ungunsten der Firma, trotzdem diese immer wieder zu neuen Gewaltmaßnahmen. Daunter solchen Verhältnissen eine Arbeitsfreudigkeit bei der Belegschaft nicht aufkommen kann, sollte auch der Firma B. Meyer allmählich zum Bewußtsein kommen. Erst vor ganz kurzer Zeit hatte sich die Situation in dem Betriebe derart zugespitzt, daß es zu einem vierwöchentlichen Streik kam. Der Streik wurde von den Gewerkschaften gebilligt. Hierbei kam es einem Teil der Belegschaft so recht zum Bewußtsein, was es bedeutet, wenn man glaubt, den Verbandsbeitrag sparen zu können. Ein großer Teil der Belegschaft hat aus diesem Streik die allein richtige Lehre gezogen, indem er nach dem Streik sofort die höchsten freiwilligen Beitragsklassen wählte, um so für alle kommenden Fälle gesichert zu sein.

Die jetzt noch abblets. Stehenden mögen diesem Beispiel folgen, denn nur durch Geschlossenheit und Opferfreudigkeit können die Belange der Arbeiterschaft gewahrt werden. Das ist bei der Firma Bernh. Meyer durch die Tat zur Genüge bewiesen worden. So wurden noch in den letzten Tagen über einige Mitglieder unseres Verbandes fristlos entlassen, weil eine Maschine zerstört worden war (nach Angabe der Firma soll sich der Schaden auf 6000 Mark belaufen), für den man die Arbeiter verantwortlich machen will. Durch die Erhebung und Vertretung einer Klage durch unseren Verband auf Wiedereinstellung bei dem Wipperfurth'schen Arbeitsgericht hätten wir wiederum einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Von der Firma wurde alles ausgeboten, um das Gericht zur Abweisung unserer Klage zu bewegen. Eine umfangreiche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen vermochte jedoch an unserem Einspruch nichts zu ändern. Die Firma wurde durch Urteil verpflichtet, die Arbeiter wieder einzustellen, andernfalls eine Entschädigung in Höhe von Mk. 720. — an die Kläger zu zahlen. Wie würde die dieser Streifall wohl ohne gewerkschaftliche Vertretung abgelaufen sein?

Trotz Anerkennung der bisherigen Arbeitsbedingungen bei Beendigung des oben erwähnten Streikes versucht die Firma neuerdings, durch Anschlag im Betrieb die vereinbarten Akkordsätze zu reduzieren. Daß zu einer derartigen Diktatur noch die schriftliche Anerkennung der Arbeitnehmer von der Firma verlangt wird, klingt geradezu wie Hohn. Wie diese neue Situation wieder auslaufen wird, läßt sich im Augenblick nicht übersehen, hängt jedoch im wesentlichen vom Willen der Belegschaft ab. Die Arbeiterschaft möge aus all' diesen Dingen die notwendige Lehre ziehen und sich durch reiflichen Zusammenschluß im christlichen Textilarbeiterverband die notwendige Rückendeckung verschaffen.

### Besondere Bekanntmachungen.

Das Arbeiterinnensekretariat an der Zentrale hat kürzlich durch eine Erhebung die Zahl der Mitarbeiterinnen und die Art ihrer Betätigung festzustellen versucht. 109 Ortsgruppen ließen die Anfrage unbeantwortet. Diese Ortsgruppen werden dringend gebeten, die ausgefüllten Fragebogen dem Arbeiterinnensekretariat, Düsseldorf 100, Lannenstr. 33, möglichst bald zuzusenden. Auch jene Gruppen, die keine Kolleginnen als Mitarbeiterinnen haben, müssen die Fragebogen einpenden.

### Versammlungskalender.

Krefeld. Am Dienstag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, findet im katholischen Gefellenhaus die Quartals-Generalversammlung statt. Tages-Ordnung: 1. Quartalsbericht, 2. Anträge für die Bezirkskonferenz, 3. Wahl von Delegierten für die 4. Bezirkssynode. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Zur Preisensenkungsaktion der Regierung. — Unsere Zentralvorstands- und Verbandsausführung. — III. Internationaler christlicher Gewerkschaftskongress. — Zwölfter freier Gewerkschaftskongress. — Wer hat Recht? — Lohn- und Arbeitsfreudigkeiten in der Textilindustrie. — Feuilleton: Textile Technik. — Allgemeine Rundschau: Die Höchstgeschwindigkeit des Textilarbeiters. — Zeitungsfreierung bei verkürzter Arbeitszeit. — „Die Arbeiter sind schuld“. — Statistik der Freien Gewerkschaften. — Christlich-nationale Arbeiterbewegung. — Sozialpolitisches: Aus der Invalidenversicherung. — Aus unsern Bruderverbänden: Eine Ausstellung des christlichen Holzarbeiter-Verbandes. — Peter Dedenbach. — Berichte aus den Ortsgruppen: Barmen. — Text. — Rempe. — Besondere Bekanntmachung. Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lannenstraße 33.